

«Denner-Kredit» kommt an Urne

Die Römisch-katholische Kirchgemeinde Freienbach überwies an ihrer ausserordentlichen Versammlung die Sachvorlage um den Kredit für den Neubau des Denner-Areals in Freienbach an die Urne vom 8. März.

Andreas Knobel

Selten dürfte ein Bauprojekt im äusserst angespannten Immobilienmarkt auf so viel öffentliche Zustimmung stossen wie jenes an der Ufenastrasse 2–6 in Freienbach. Diese Liegenschaft am östlichen Dorfeingang ist zurzeit noch durch das Denner-Einkaufszentrum belegt. Sie gehört jedoch der Römisch-katholischen Sigristenpfundstiftung Freienbach, die im Auftrag des Bistums Chur durch die Kirchgemeinde Freienbach bewirtschaftet wird. Sie sei eine bedeutende Landreserve für die Region, wird in der Broschüre zur kürzlich abgehaltenen ausserordentlichen Kirchgemeindeversammlung erklärt. Die Versammlung wurde einberufen, um das Sachgeschäft «Neubau Oastrium an der Ufenastrasse 2–6» vorzustellen und an die Urnenabstimmung vom 8. März zu überweisen.

36 auch zahlbare Wohnungen und ein Laden

Das Projekt ist ambitioniert: Es sieht einen Abriss der bestehenden Gebäude und einen Neubau mit dem Projekt «Oastrium» vor, realisiert durch die Kirchgemeinde Freienbach selber. Durch die Bewirtschaftung werden die Liegenschaftenerträge in die Kirchgemeinde fliessen. Die Abgeltung für die Nutzung des Landes erfolgt mittels Baurechtszins an die Römisch-katholische Sigristenpfundstiftung Freienbach.

Der Gestaltungsplanperimeter umfasst eine Fläche von 6897m², die vermietbare Fläche 4780m². Das Projekt sieht einen zweigeschossigen, nach aussen schlichten Baukörper mit Attika- und Untergeschoss vor, welcher mittels eines durchgehenden Zugangs in einen Gebädetrakt A und B unterteilt wird. Betritt man den Gebäudekomplex, öffnet sich dem Betrachter das «Oastrium» – ein Wortspiel aus Oase und Atrium. Im Trakt «A» befindet sich im Erdgeschoss die



So wird sich die neue Überbauung von Südwesten, also der Kantonsstrasse in Freienbach, präsentieren. Nach positivem Ausgang der Urnenabstimmung am 8. März würde es Schlag auf Schlag mit Abbruch «Denner» und Neubau «Oastrium» gehen.

Visualisierung: zvg

44
Millionen

Franken betragen die Gesamtkosten (inkl. Reserve und Übernahme Baurechtsvertrag).

Brutto-Verkaufsfläche von fast 1090 m². Der Eingang der Retailfläche liegt zur Kantonsstrasse hin. Ein weiterer Beweggrund, den auch Daniel Römer als zuständiger Kirchenrat in der Präsentation erwähnte, ist, «für die Bevölkerung attraktiven und angemessenen Wohnraum zu schaffen». Insgesamt sind 36 Wohnungen vor allem im Bereich von 2,5 bis 4,5 Zimmern sowie einigen wenigen grösseren Wohnungen eingeplant. Die Mieten sollen sich an einem ortsüblichen Zins orientieren. Ein Teil der Wohnungen werde durch die Kirchgemeinde subventioniert. Zudem werde die Bevölkerung durch die Vermietung der Ladenfläche an einen

Retailer weiterhin eine attraktive Einkaufsmöglichkeit geboten. Im Sinne der Öffentlichkeit Die Kosten für den Kreditantrag liegen bei stattlichen 44 Mio. Franken. Inbegriffen sind dabei allerdings eine Reserve von zehn Prozent und die Übernahme des Baurechtsvertrags von 5,5 Mio. Franken. Zu all diesen Fakten wurden an der Kirchgemeindeversammlung einige interessante Fragen, aber keine kritischen Voten laut. Die Teilnehmenden im vollen Gemeinschaftszentrum waren sich offensichtlich einig, dass es sich um eine gelungene Sache, ja um eine einmalige, generationenübergreifende Sache handelt. Sportlich zeigt sich der

Zeitplan. «Weitgehend zeitgleich mit der Abstimmung vom 8. März erwarten wir die rechtskräftige Baubewilligung», heisst es in der Botschaft. Start schon im Spätsommer? Nach der Krediterteilung durch den Stimmbürger würden umgehend die Ausschreibungen erstellt. Ziel sei ein Baustart mit dem Rückbau – also dem Abriss – des bestehenden Denner-Gebäudes und dem Aushub bereits im Spätsommer dieses Jahres. Bei einer Bauzeit von etwa zweieinhalb Jahren sei dann mit Bezug vor Weihnachten 2028 zu rechnen – ein schönes Weihnachtsgeschenk für die Kirchgemeinde und das Dorf Freienbach.

Schwyzer Regierung will «Fuder nicht überladen»

Am traditionellen Mediengespräch der Schwyzer Regierung am Dienstagabend gabs das eine und andere «News»-Häppchen.

Martin Risch

Turnusgemäss zeigte sich die Gesamtregierung heuer in Ausserschwyz. Im Seedamm Plaza in Pfäffikon informierte sie über die Schwerpunktthemen, die geplanten Gesetzesvorlagen an den Kantonsrat und Vernehmlassungen. Vieles im «politischen Kompass», wie Landammann Michael Stähli es sagte, ist nicht neu, sondern sind Aufträge, welche die Regierung aufgrund von Kantonsratsbeschlüssen oder nationalen Vorgaben umzusetzen hat. «News» sind beim Mediengespräch somit jeweils nicht zu erwarten. Solche gab's diesmal jedoch, und zwar aus dem Departement des Innern. Dort läuft seit 2024 die Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrichtungen. Es betrifft sämtliche Lebensphasen der Menschen von der frühen Kindheit bis hin zur Generation «80plus» und die verschiedenen Querschnittsthemen (Pflege und Betreuung, Entlastung pflegender Angehöriger usw.). Die Revision ist ein Brocken, so gross, dass im Kantonsrat schon vor dem «Misslingen» gewarnt wurde. Gesundheitsdirektor Damian Meier gab nun bekannt, dass der Regierungsrat beschlossen habe, das «Fuder nicht zu überladen». Will heissen: Die

Revision wird etappiert vorgenommen. Eine weitere News gibts bezüglich Kesb (Inner- und Ausserschwyz) und den fünf Amtsbeistandschaften. Künftig sollen die Ämter zusammengefasst werden, gleichzeitig die Angebote jedoch «dezentral» weitergeführt werden. Soweit die Neuigkeiten. Bezüglich Spitalplanung sind viele Fragen offen. Aktuell wird eine Studie zu kantonsübergreifenden Kooperationsmöglichkeiten gemacht. Was das Kooperationspotenzial innerhalb des Kantons angehe, wofür seitens SVP eine «Spital-Allianz» gefordert wird, werde sich die Regierung in Kürze verlautbaren. Zentral ist laut Meier: Die Planung müsse zwingend bei den Kantonen bleiben, «der Bund kann das nicht besser». Blaulichtorganisationen auf dem Prüfstand Nach der Brandkatastrophe in Crans-Montana hätten das Departement des Innern und das Sicherheitsdepartement zudem beschlossen, die Abläufe aller Blaulichtorganisationen im Kanton zu überprüfen. Eine externe Analyse ist laut Meier in Auftrag gegeben worden. Sicherheitsdirektor Xavier Schuler führte aus, dass neben dieser Analyse vor allem Prävention im Fokus stehe,

speziell im Bereich des Betrugs und der häuslichen Gewalt. Neben der Eingreifbereitschaft sei Aufklärung zentral. Im Bildungsdepartement wird das Gesetz für die Frühe Förderung vorangetrieben, das bis Ende Jahr unter Dach und Fach sein sollte. Bezüglich Maturitätsanerkennungsreglement sind die Mittelschulen daran, die Lehrpläne zu erarbeiten. Die Aufnahme-, Promotions- und Prüfungsreglemente sollen laut Landammann Stähli heuer überarbeitet und vernehmlasst sein. Weiter werde in seinem Departement am Aufbau des Case-Managements Berufsbildung gearbeitet. Damit sollen «kritische Jugendliche» derart engmaschig betreut werden, dass keiner ohne Abschluss in die Arbeitswelt eintreten muss. Beim Umweltdepartement ist man laut Regierungsrat Sandro Patierno daran, das Waldgesetz gemäss Kantonsratsentscheid anzupassen. Neu sollen statische Waldgrenzen eingeführt werden. Auch die Jagdgesetzverordnung wird angepasst – wegen der Entschädigungsfrage für Landwirte, die aufgrund von Wildtieren Schäden beklagen – wie beispielsweise wegen Graugänsen und Höckerschwänen, die in Nuolen Wiesland verschmutzen (wir berichteten). Den Wolf sollen derweil

künftig auch dafür geschulte Jägerinnen und Jäger regulieren dürfen. Weiter hält der Kanton nach potenziellen Gebieten für freistehende, grosse Fotovoltaik-Anlagen Ausschau, die 50 % der Leistung in den Wintermonaten bringen können. Der Auftrag kommt vom Bund. «Wir haben einige Gebiete im Fokus», so Patierno. Welche, sei noch nicht spruchreif. Ziel der Suche sei es, dass später private Investoren solche Solaranlagen umsetzen könnten. Bekanntlich fallierte 2024 eine alpine Solaranlage im Gebiet Ybrig aufgrund des Volksentscheids in Oberiberg. Im Volkswirtschaftsdepartement von Petra Steimen wird unter anderem die Einführung der biometrischen ID vorangetrieben. Diese müsse bis spätestens 2036 angeboten werden können, bis dahin bleibe die aktuelle ID zulässig. Neu «Zubringer Siebnen» Im Baudepartement zeigt sich «ein erfreulich gefülltes Portfolio», so Baudirektor André Rüeggsegger (siehe auch Seite 2, Ausbau Wägitallstrasse). Zwei Ausserschwyz Projekte seien speziell erwähnt: Für den Autobahnanchluss Wangen-Ost, der neu «Zubringer Siebnen» genannt werde, wäre der Kanton bereit. Ein Projektierungskredit

für die unterirdische Anbindung werde vorbereitet. Was noch nicht klar ist, welche Variante der Bund verfolgt. Dieser werde die nächsten zwei Jahre entsprechende Studien machen, «danach wissen wir, wo der Tunnel hin muss.» Zum Hochbau betonte der Baudirektor, dass die Planung für die Sanierung des Patreshauses in Nuolen für die spätere Vermietung an die BSZ Stiftung weitergehe, «auch wenn Flugblätter im Umlauf sind», die dieses Vorgehen nicht gutheissen würden. Bezüglich Nuolen sei es zudem so, dass der dortige KSA-Neubau allenfalls nach dem Sommer starten könnte. Aktuell behandle das Verwaltungsgericht eine «Sprungbeschwerde». Einige längerfristige Vorhaben hat Finanzdirektor Herbert Huwiler vor sich. Unter anderem den «digitalen Schalter», mit dem im Sommer gestartet werden könnte und der dann nach und nach ausgebaut werden soll. Weiter werde an der Lösung zur digitalen Einreichung der Steuererklärung für juristische Personen gearbeitet. Schliesslich ist der Kanton dabei, das Potenzial und mögliche Plattformen für KI zu evaluieren. Vor einem Einsatz müssten indes erst «die Informationssicherheit und der Datenschutz sichergestellt sein».